Stellungnahme der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Behörden (TÖB) zur 2. Änderung des Bebauungsplans 123 – Maarfeld –

Nr.	Behörde / Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
1.	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW - Schreiben vom 08.05.2014		
	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Plangebiet über dem auf Steinkohle und Eisenstein verliehenen Bergwerksfeld „Eschweiler Reserve-Grube“ sowie über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Wilhelm“ befindet. Eigentümerin dieser beiden Bergwerksfelder ist die EBV GmbH.</p> <p>Ausweislich der der Bezirksregierung Arnsberg vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Plangebietes kein einwirkungsrelevanter Bergbau dokumentiert. Mit bergbaulichen Einwirkungen ist danach nicht zu rechnen.</p> <p>Bezüglich möglicher zukünftiger, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassener bergbaulicher Tätigkeiten empfiehlt die Bezirksregierung Arnsberg, die EBV GmbH als Eigentümerin des bestehenden Bergwerkseigentums am Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Die EBV GmbH wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung an der Planaufstellung beteiligt. Bedenken oder Anregungen wurden nicht geäußert.</p> <p>Gemäß Schreiben der EBV GmbH vom 15.04.2014 bestehen keine Bedenken, eine Kennzeichnung nach § 9 Abs. 5 Nr. BauGB ist nicht erforderlich.</p>	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.
2.	Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) / Luftbildauswertung – Schreiben vom 08.05.2014		
	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass Luftbilder aus den Jahren 1939 - 1945 und andere historische Unterlagen Hinweise auf vermehrte Kampfhandlungen im Bereich des Plangebietes liefern. Daher wird eine Überprüfung der zu überbauenden Fläche auf Kampfmittel empfohlen.</p> <p>Sofern es nach 1945 Aufschüttungen gegeben hat, sind diese bis auf das Geländeniveau von 1945 abzuschleifen. Zur Festlegung des abzuschleifenden Bereiches und der weiteren Vorgehensweise wird um Terminabsprache für einen Ortstermin gebeten.</p> <p>Erfolgen Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten etc., wird zusätzlich eine Sicherheitsdetektion empfohlen.</p>	<p>Der Investor wird kurzfristig mit der Bezirksregierung Düsseldorf/Kampfmittelbeseitigungsdienst einen Termin zur Untersuchung der Fläche vereinbaren.</p> <p>Vorsorglich wird jedoch ein Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen und auf das mögliche Vorhandensein von Kampfmitteln im Boden hingewiesen. Erdarbeiten sind daher mit entsprechender Vorsicht durchzuführen. Darüber hinaus wird auf die Vorgehensweise beim Fund von Kampfmitteln hingewiesen.</p>	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Nr.	Behörde / Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
3.	StädteRegion Aachen, Der Städteregionsrat - Schreiben vom 21.05.2014		
3.1	<p>A 70 – Umweltamt – Allgemeiner Gewässerschutz</p> <p>Es bestehen Bedenken, da im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens die erforderliche Entsorgung der anfallenden Schmutz- und Niederschlagswässer der Unteren Wasserbehörde nicht nachgewiesen wurde. In diesem Zusammenhang verweist die StädteRegion Aachen auf ihr Rundschreiben vom 02.04.2008 – Niederschlagswasserentsorgung im Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Der § 51a LWG ist einzuhalten. Gemäß § 51a (2) LWG erfordert die geplante Entsorgung der Niederschlagswässer die Zustimmung der zuständigen Wasserbehörde.</p> <p>Die StädteRegion Aachen bittet um Vorlage eines Entwässerungskonzeptes.</p>	<p>Im Rahmen der Erstellung des Entwässerungskonzepts wurde die Versickerungsfähigkeit des Untergrundes untersucht (IBL Laermann GmbH, Mönchengladbach (15.12.2014)). Auf der Grundlage der im Plangebiet durchgeführten 4 Rammkernsondierungen kommt das beauftragte Büro zu dem Ergebnis, dass aufgrund der im Gebiet angetroffenen Bodenverhältnisse ein oberflächennaher Ausbau von Versickerungsanlagen nicht möglich ist.</p> <p>Bei zwei Sondierungen wurden in einer Tiefe zwischen 3,3 m und 4,5 m unter Geländeoberkante (GOK) versickerungsfähige Schichten festgestellt. Bei den beiden anderen Ansatzstellen wurden keine versickerungsfähigen Schichten angetroffen.</p> <p>Aufgrund der großen Tiefenlage der versickerungsfähigen Schichten ist nur eine punktuelle Einleitung von Dach- bzw. Oberflächenwässern in den Untergrund möglich. Dies erfordert die Errichtung von tief eingebundenen Versickerungsanlagen, wie z. B. Schachtversickerungen. Unabhängig von der Frage der Wirtschaftlichkeit erteilt die Untere Wasserbehörde der StädteRegion Aachen erfahrungsgemäß für diese Anlagen nicht die dazu notwendigen wasserrechtlichen Erlaubnisse.</p> <p>Somit muss das anfallende Niederschlagswasser der vorhandenen öffentlichen Kanalisation (Mischsystem) zugeführt werden.</p> <p>Das Plangebiet ist hydraulisch im 2011 aufgestellten Generalentwässerungsplan (GEP) der Stadt Eschweiler mit einer abflusswirksamen Fläche von maximal 4.000 qm berücksichtigt worden. Die Überprüfung der im Plangebiet maximal möglichen Versiegelung durch das Ingenieurbüro Stefan Schädlich (06.01.2015) ergab eine deutliche Erhöhung der abflusswirksamen Fläche. Das Ingenieurbüro kommt in seinem Entwässerungskonzept zu dem Ergebnis, dass</p>	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Nr.	Behörde / Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>die Differenz aus dem berücksichtigten und dem neu hinzukommen- den Schmutz- und v. a. Niederschlagswasser (resultierend aus der Erhöhung der abflusswirksamen Fläche) in einem Rückhalteraum gespeichert und anschließend zeitverzögert in das Mischsystem eingeleitet werden muss.</p> <p>Im Rahmen der öffentlichen Auslegung werden die geforderten de- taillierten Unterlagen und Nachweise der StädteRegion Aachen vor- gelegt.</p>	
	<p>Die StädteRegion Aachen weist darauf hin, dass die anfallenden Schmutzwässer der öffentlichen Kanalisation zuzuleiten sind und dauerhafte Hausdrainagen nicht betrieben werden dürfen. Ebenso müssen Keller und Gründungen entsprechend der Grund- und Schichtenwasserverhältnisse geplant und ausgeführt werden (kei- ne Kellergeschosse oder Keller mit wasserdichter Wanne).</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Sie richten sich an die weitere Umsetzung der Planung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
3.2	<p>Natur und Landschaft</p> <p>Bedenken werden nicht vorgetragen, wenn die Artenschutzvorprü- fung ergibt, dass das Vorhaben dem Artenschutz nicht wider- spricht.</p>	<p>Eine artenschutzrechtliche Prüfung wurde durchgeführt.</p> <p>Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG sind nicht zu erwarten.</p> <p>Die artenschutzrechtliche Prüfung wird der StädteRegion Aachen und den sonstigen betroffenen Trägern öffentlicher Belange zur Ver- fügung gestellt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p>
4.	NABU Kreisverband Aachen-Land - Schreiben vom 01.06.2014		
	<p>Der NABU hält eine artenschutzrechtliche Bestandsaufnahme für notwendig. Das Plangebiet ist von Büschen und Bäumen umge- ben, in denen artenschutzrelevante Säuger und Vögel vorkommen können. Ein Vorkommen solcher Arten würde Ausgleichsmaßnah- men nach sich ziehen.</p>	<p>Eine artenschutzrechtliche Prüfung wurde durchgeführt.</p> <p>Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG sind nicht zu erwarten.</p> <p>Die artenschutzrechtliche Prüfung wird dem NABU im Rahmen der öffentlichen Auslegung zur Verfügung gestellt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p>

Nr.	Behörde / Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor- schlag
5.	Amprion GmbH Betrieb / Projektierung Leitungen Bestandssicherung – Schreiben vom 24.04.2014		
	<p>Es wird darauf hingewiesen, das im Planbereich <u>keine</u> Höchstspannungsleitungen (Anlagen des 220- und 380-kV-Netzes) der Amprion GmbH verlaufen. Auch liegen derzeit keine Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich vor.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt wurden.</p>	Alle relevanten Versorgungsunternehmen wurden beteiligt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
6.	Deutsche Telekom Technik GmbH – Schreiben vom 21.05.2014		
	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Versorgung des Baugebietes mit neuer Telekommunikationsinfrastruktur einer Prüfung vorbehalten ist.</p> <p>Es wird um Mitteilung gebeten, welche eigenen oder bekannten Maßnahmen Dritter im Bereich des Plangebietes stattfinden werden.</p> <p>Eine unterirdische Versorgung des Neubaugebietes durch die Telekom Deutschland GmbH ist nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung möglich.</p> <p>Die Deutsche Telekom weist darauf hin, dass zur Abstimmung der Bauweise und für die rechtzeitige Bereitstellung der Telekommunikationsdienstleistungen sowie zur Koordinierung der Straßenbau- bzw. Erschließungsmaßnahmen der anderen Versorger es dringend erforderlich ist, dass sich die Stadt bzw. der Erschließungsträger mindestens 3 Monate vor Baubeginn mit ihnen in Verbindung setzt.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Er richtet sich an die weitere Umsetzung der Planung.</p> <p>Dem vom Investor/potentiellen Erschließungsträger beauftragten Planungsbüro wurde eine Kopie des Schreibens zur Kenntnis zugeleitet.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
7.	RWE Power AG – Schreiben vom 19.05.2014		
	Es wird darauf hingewiesen, dass ein Teil des Plangebietes Böden aufweist, die humoses Bodenmaterial enthalten.	Der Bereich, in dem humose Böden zu erwarten sind, wird auf der Grundlage der Stellungnahme bzw. der von der RWE Power AG	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Nr.	Behörde / Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor- schlag
	<p>Humose Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können.</p> <p>Dieser Teil des Plangebietes ist daher wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB durch eine Umgrenzung entsprechend der Nr. 15.11 der Anlage zur Planzeichenverordnung als Fläche zu kennzeichnen, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.</p> <p>In dem Bereich sind die Bauvorschriften der DIN 1054 "Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau" und der DIN 18 196 "Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke" sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten.</p>	<p>zugewandten Planunterlagen gem. § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB gekennzeichnet.</p> <p>Auf die diesbezüglichen zu beachtenden Bauvorschriften und Bestimmungen wird im Zusammenhang mit der Kennzeichnung verwiesen.</p>	
8.	regionetz GmbH – Schreiben vom 27.05.2014		
	<p>Die regionetz GmbH teilt mit, dass eine mögliche Erweiterung des Erdgasversorgungsnetzes unter dem Vorbehalt einer positiven Wirtschaftlichkeit zum Zeitpunkt der Erschließung steht.</p> <p>Zudem sind bestehende Versorgungs- und Anschlussleitungen bzw. Kabel entsprechend der Richtlinien zu sichern und Mindestabstände einzuhalten. Bei geplanten Anpflanzungen von Baumgruppen im Trassenbereich von Versorgungsleitungen bzw. Kabeln müssen Schutzmaßnahmen erfolgen, deren Kosten vom Veranlasser zu tragen sind.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Er richtet sich an die weitere Umsetzung der Planung.</p> <p>Dem vom Investor/potentiellen Erschließungsträger beauftragten Planungsbüro wurde eine Kopie des Schreibens zur Kenntnis zugeleitet.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>